Ende Februar der Regierung überreicht werden soll, konnte bisher aber in der Tschechoslowakei nicht veröffentlicht werden. Anfang Februar hatten aber bereits über 200 000 tschechische und slowakische Katholiken die Petition unterzeichnet. – Während der Erzbischof von Prag, Kardinal Tomášek die Petition ausdrücklich unterstützte und sie mitunterzeichnete, gab es in der Slowakei Widerstand einzelner, den staatlichen Behörden verpflichteter und der Friedenspriesterbewegung "Pacem in terris" nahestehender Diözesanleitungen. So verbot der interimistische Verwalter der Diözese Rožnava (Rosenau), Zoltán Belak, den Priestern ausdrücklich, auf die Petition hinzuweisen oder für deren Unterzeichnung zu werben. Und der "Kapitelvikar" der Diözese Košice (Ka-

schau), Stefan Onderko, ließ in einer als "Befehl des Ordinariats" bezeichneten Weisung an den Klerus erklären: ohne Genehmigung der territorialen kirchlichen Autorität sei es nicht gestattet, "irgendwelche schriftlichen Aktionen oder Versammlungen der Priester im Gebiet unserer Diözese durchzuführen". – Die Unterschriftenaktion lief (wohl nicht ganz zufällig) parallel zur jüngsten Verhandlungsphase der ČSSR-Staatsführung und des Vatikans über die Ernennung neuer Bischöfe. Bekanntlich sind zehn von dreizehn Diözesen in der ČSSR gegenwärtig ohne Bischof. Die Verhandlungen blieben im Januar in Prag ebenso ergebnislos wie Ende November in Rom. Sie sollen Ende Februar in Rom fortgesetzt werden.

## Notizen

Die katholische Deutsche Bischofskonferenz und der Rat der EKD veröffentlichten am 9. Februar die Gemeinsame Erklärung "Unsere Verantwortung für den Sonntag". Darin warnen die Kirchenleitungen vor allem vor einer weiteren Aushöhlung des Sonntags durch die Zunahme von Erwerbsarbeit an diesem Tag über das erreichte Maß hinaus auch in weiteren Branchen der Wirtschaft. Es handelt sich bei dieser Erklärung bereits um die zweite gemeinsame evangelisch-katholische Stellungnahme zu diesem Thema (vgl. HK, Oktober 1985, 489 f.). Wegen der Dokumentation der Enzyklika "Sollicitudo rei socialis" (vgl. ds. Heft, S. 124) können wir die Erklärung erst im nächsten Heft abdrucken.

In einem vom 4. Dezember 1987 datierten und am 4. Februar veröffentlichten Apostolischen Schreiben erinnerte Johannes Paul II. an das Zweite Konzil von Nizäa im Jahr 787, das die Bilderverehrung in der Kirche gegen den ikonoklastischen Einspruch legitimierte. Der Papst hob vor allem auf die Bedeutung ab, die dieses Konzil der ungeschriebenen Überlieferung der Kirche beigemessen habe: Sie stelle für Katholiken wie für die Orthodoxen die "eindringliche Aufforderung dar, nochmals gemeinsam den Weg der Tradition der ungeteilten Kirche zu durchlaufen..., um schließlich ... die volle Gemeinschaft in der sichtbaren Einheit wiederzuerlangen".

Die päpstliche Kommission "Iustitia et Pax" veröffentlichte am 2. Februar ein umfangreiches Dokument zum Problem der Obdachlosigkeit. Der Text hebt darauf ab, daß Obdachlosigkeit (in zahlreichen Ländern ein Massenphänomen) nicht isoliert betrachtet werden dürfe, sondern Ausdruck einer strukturellen Krise

sei. Die Lage der Obdachlosen sei Folge von Armut und gesellschaftlicher Marginalisierung. Die einzelnen Ortskirchen (der Erklärung liegt eine Umfrage bei den Bischofskonferenzen zugrunde) gingen das Problem der Obdachlosigkeit auf drei Ebenen an: Sie leisteten materielle Hilfe, um Unterkünfte für die Familien zu schaffen, bemühten sich um Erziehung und Förderung der Gemeinschaft und um den Dialog mit den Verantwortlichen, um die Gesetzgebung zu verbessern.

Neuer Bischof der Diözese Dresden/ Meißen wurde als Nachfolger des im Sommer 1987 zurückgetretenen Bischofs Gerhard Schaffran der 51jährige Caritas-Direktor der Diözese, Joachim Reinelt. Der neue Bischof war den größten Teil seiner bisherigen kirchlichen Laufbahn als Pfarrer und Dekan in der Seelsorge tätig. Diözesan-Caritasdirektor war Reinelt erst seit 1986. Reinelt gehört der Focolare-Bewegung an.

n einem kurzen "Gemeinsamen Wort" haben die EKD und der Evangelische Kirchenbund in der DDR aus Anlaß der Tausendjahrfeier der russisch-orthodoxen Kirche an die deutschen Verbrechen gegenüber der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg erinnert und zu Versöhnung und Verständigung aufgerufen. "Die von Deutschen den Menschen der Sowjetunion angetanen Frevel sind bis dahin unvorstellbar gewesen. Mit der Haftung für ihre Folgen sind wir alle belastet, auch wenn Widerstand damals lebensgefährlich war, auch wenn sich die meisten von uns heute wegen ihres Lebensalters oder wegen ihrer damaligen Einflußlosigkeit keine persönliche Schuld zurechnen müssen". Die Erklärung erinnert auch an das Deutschen angetane Leid und spricht sich dagegen

aus, Schuld gegen Schuld, Unrecht gegen Unrecht aufzurechnen.

Die USA und Frankreich seien die beiden Länder, aus denen er die meisten Briefe erhalte, und zwar nicht nur von Bischöfen, sondern ebenso von Laien, sagte der Präfekt der römischen Glaubenskongregation, Kardinal Josef Ratzinger, in einem Interview der Bistumszeitung der Erzdiözese New York "Catholic New York". Ratzinger führte diese Tatsache auf den hohen Bildungsstandard sowie die demokratischen Traditionen beider Länder zurück. Aus den Briefen spreche in den meisten Fällen eine "tiefe Loyalität zum Heiligen Stuhl". Die Briefe beschäftigten sich oft mit kontrovers diskutierten aktuellen Themen. Sie spiegelten die Meinung von "typischen Katholiken" wider, denen daran gelegen sei, daß die katholische Kirche bleibe.

Während eines Aufenthaltes in Wien erklärte der Leiter des ungarischen staatlichen Kirchenamtes, Imre Miklós, ein Besuch des Papstes in Ungarn sei keineswegs ausgeschlossen. Er persönlich halte einen Besuch des Papstes sogar für gut möglich; allerdings sei noch kein entsprechender Wunsch an die ungarische Regierung herangetragen worden. Auf den nächsten Papstbesuch in Österreich angesprochen, versicherte Miklós, es gebe seitens der Regierung in Budapest keine Einwände gegen eine Teilnahme ungarischer Katholiken an den Veranstaltungen während dieses Besuches. Nach vorläufigen Schätzungen sollen schon an die 50 000 Ungarn Fahrten zum Papstbesuchnach Österreichgebuchthaben.

Beilagenhinweis:

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Verlages Herder, Freiburg, bei.